

Nr.: 03/03

Niederschrift

**über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg
am Montag, dem 17.03.2003
im Veranstaltungssaal des Kulturzentrums PFL, Peterstraße 3**

Anwesend:

vom Rat:

Oberbürgermeister Schütz
Bürgermeister Nehring
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler
Ratsherr Adler
Ratsfrau Ahrensr
Ratsherr Bischoff
Ratsfrau Bollerslev
Ratsfrau Burdick
Ratsfrau Conty
Ratsfrau Dammers
Ratsfrau Diederich
Ratsherr Drieling
Ratsherr Ellberg
Ratsfrau Flemming-Schneider
Ratsfrau Gayk
Ratsfrau Hartmann
Ratsherr Harzmann
Ratsfrau Hille
Ratsherr Hochmann
Ratsherr Kaps
Ratsherr Klarman
Ratsherr Dr. Knake
Ratsherr Krummacker
Ratsfrau Lück
Ratsherr Mühlbradt

Ratsfrau Müller (ab TOP 7)
Ratsherr Müller
Ratsfrau Mulhaupt
Ratsfrau Neumann
Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsfrau Nienaber (ab TOP 7)
Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsherr Norrenbrock
Ratsherr Dr. Pade
Ratsherr Reck
Ratsherr Reinking
Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsherr Rosenkranz
Ratsfrau Rudolph
Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Scheller
Ratsfrau von Seggern
Ratsherr Siek
Ratsherr Vahlenkamp
Ratsfrau Woltemade
Ratsfrau Würdemann
Ratsherr Zietlow

von der Verwaltung:

Stadträtin Meyn
Stadträtin Niggemann
Stadtbaurat Dr. Pantel

Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Pressesprecher Krogmann
Verw.angest. Jerke als Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

vom Rat:
Ratsfrau Bockmann
Ratsherr Schwartz
Ratsherr Stratmann

Von der Verwaltung:
Stadträtin Opphard

Beginn der Sitzung: 18.05 Uhr
Ende der Sitzung: 19.15 Uhr

Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlage 1** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die Ergänzung der Tagesordnung um TOP 7.5.3 hin. Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

- einstimmig -

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift Nr. 02/03 (öffentlicher Teil) vom 24.02.2003**

Die Niederschrift (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

- einstimmig -

zu 4 **Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

- liegen nicht vor -

zu 5 **Einwohnerfragestunde**

Herr Werner Altnickel stellt nach einer kurzen Vorstellung Fragen zum Thema Katastrophenschutz in Oldenburg vor dem Hintergrund des drohenden Irak-Krieges. Oberbürgermeister Schütz beantwortet diese (**Anlage 1**).

zu 6 **Sitzübergang im Rat**

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, dass nach dem Feststellungsbeschluss am 24.02.2003 der durch den Verzicht von Herrn Tambke frei gewordene Sitz im Rat nach den nun vorliegenden Verzichtserklärungen von Frau Dorit Bückmann und Herrn Matthias Pippert auf die nächste Ersatzperson des Wahlvorschlages übergehe, auf den die ausgeschiedene Person gewählt worden ist. Ersatzperson für Herrn Tambke sei demnach:

Frau Bärbel Nienaber,
Schramperweg 22, 26129 Oldenburg

Nach kurzer Sitzunterbrechung teilt Stadträtin Meyn als Wahlleiterin für die Kommunalwahl mit, dass Frau Nienaber die Wahl angenommen habe.

Oberbürgermeister Schütz informiert Ratsfrau Nienaber, dass sie der

Amtsverschwiegenheit, einem Mitwirkungsverbot und einer besonderen Treuepflicht gegenüber der Stadt unterliege (§§ 25 bis 27 NGO). Im Anschluss verpflichtet er sie durch Handschlag zur gewissenhaften und unparteiischen Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die Verwaltung übergibt Ratsfrau Nienaber eine Textausgabe der Niedersächsischen Gemeindeordnung, einen Auszug aus der NGO zur Pflichtenbelehrung, ein Merkblatt des Gemeindeunfallversicherungsverbandes und ein Schreiben zum Versicherungsschutz.

Ratsfrau Nienaber erklärt, dass sie, um an der weiteren Sitzung teilnehmen zu können, auf die Einhaltung der Vorschriften über die Einberufung des Rates verzichte. Sie nimmt anschließend den Platz von Herrn Tambke ein.

zu 7 Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse

zu 7.1 Verwaltungsausschuss vom 10.03.2003 und 17.03.2003

zu 7.1.1 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Anträge der SPD-Fraktion (Anlagen 2, 3 und 4)

Die beantragten Umbesetzungen werden festgestellt.

- einstimmig -

zu 7.2 Jugendhilfeausschuss vom 19.02.2003

zu 7.2.1 Anhebung der Elternbeiträge für den Besuch von Kindertagesstätten (s. TOP 4 JHA 20.11.2002 – Vorlagen 02/0756 und 02/0891 - und TOP 4.2 JHA 18.12.2002)

Vorlage: 03/0015 (Anlage 5)

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann wendet sich gegen die Beschlussvorlage mit dem Bemerkung, dass Familien nicht noch stärker belastet werden sollen. Es müsse ein familienfreundliches Umfeld geschaffen werden, daher lehne sie die Erhöhung der Elternbeiträge und die künftige Kopplung der Steigerung an den Preisindex ab. Die Steigerung von Lebenshaltungskosten treffe Familien ohnehin schon besonders hart. Der Jugendhilfeausschuss mit seinen besonderen Mitgliedern, den Fachmitgliedern, habe sich eingehend mit der Thematik befasst und die Erhöhung abgelehnt. Der Rat dürfe die Meinung der Fachleute nicht ignorieren. Die Fraktion werde den Beschlussvorschlag ablehnen, da sie diesen für familienfeindlich halte.

Ratsfrau Eilers-Dörfler weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Beschlussvorlage, einschließlich der Kopplung an den Preisindex, bereits im Fachausschuss ausführlich begründet habe und auch jetzt in vollem Umfang zustimmen werde. Die finanziellen Auswirkungen belaufen sich jeweils für die Krippen, Horte und Kindergartenplätze um ganze 5 %. In der Konsequenz seien dies, je nach Betreuungszeit 4 bis 5 € im Monat. Dies sei eine angemessene, moderate und zumutbare Erhöhung. Obgleich der Preisindex im Bundesgebiet stetig gestiegen sei, habe man seit 1996 die Beträge nicht erhöht. Wenn man bereits damals

eine Anpassung an den Index vorgenommen hätte, wären die jährlichen Erhöhungen als ganz normalen Vorgang hingenommen worden. Diejenigen, die gegen eine Erhöhung votieren werden, müssten den defizitären Haushalt nicht außer Acht lassen, was nicht heißen sollte, dass durch die Erhöhung der Haushalt saniert werden sollte. Die Mehreinnahme sei nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“ und müsse gezielt für Maßnahmen zur Verringerung der fast 400 fehlenden Kindergartenplätze eingesetzt werden. Die Vorhaltung von Kindergartenplätzen sei eine Pflichtaufgabe, die nicht kostenlos zur Verfügung gestellt werden könne. Der damit verbundene Bildungsauftrag müsse, auch zur Chancengleichheit, weiter erfüllt werden. Es müsse schnellstens etwas getan werden. Sie selbst habe gerade heute 60 Absagen schreiben müssen. Die Schaffung von zusätzlichen Nachmittags- und Vormittagsgruppen in bestehenden Einrichtungen könne zum Teil aus den Mehreinnahmen finanziert werden, nicht gemeint seien damit Neubauten. Im Übrigen habe man die Gebühren - wie auch bisher schon – sozialverträglich gestaffelt, wobei für Besserverdienende ab 4.500 € Monatseinkommen eine weitere Stufe dazu gekommen sei. Die Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsfrau Flemming-Schneider sieht die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge, wobei nach ihren Informationen bereits seit 1994 keine Anpassung mehr erfolgt sei. Es wäre zwar wünschenswert, die Beiträge konstant zu halten, dies sei aber unrealistisch. Die Erhöhung von 5 % bzw. 4 bis 5 € im Monat sei gerade noch akzeptabel. Begrüßenswert sei, dass die Nachmittagsplätze von der Erhöhung ausgenommen werden. Die Einführung der neuen Stufe 1 schaffe, so werde es sich voraussichtlich auch in der Praxis zeigen, mehr soziale Gerechtigkeit. Sozial Benachteiligte seien ohnehin nicht von der Erhöhung betroffen. Auf kommunaler Ebene stimme die Fraktion der Erhöhung der Kindergartenbeiträge zu, unabhängig davon, dass man sich auf Bundes- und Landesebene für einen kostenlosen Kindergartenbesuch einsetze.

Ratsherr Adler wundert sich über die Argumentation der CDU-Fraktion. Auch habe er kein Verständnis für das Votum von Bündnis 90/Die Grünen, die auf Landesebene kostenlose Plätze fordert und dies auch vor ca. 8 Jahren im Wahlkampf auf kommunaler Ebene eingefordert habe. Nun stimme man sogar einer Erhöhung zu. An Frau Eilers-Dörfler gerichtet frage er sich, weshalb man denn überhaupt eine Erhöhung wolle, wenn auf der einen Seite argumentiert werde, die Mehrbelastungen für die Familien fielen kaum in Gewicht und auf der anderen Seite gesagt werde, dass die Mehreinnahmen lediglich „ein Tropfen auf dem heißen Stein“ bei der Finanzlage der Stadt seien. Im Übrigen dürfe das Votum des Jugendhilfeausschusses, der ja ein ganz besonderer Ausschuss sei, nicht übergangen werden. Der Ausschuss habe eine echte Kompetenz mit seinen stimmberechtigten Fachmitgliedern. Die Gründe, weshalb es zu keiner Erhöhung kommen dürfe, seien im Jugendhilfeausschuss umfangreich dargelegt worden. Besonders wolle er darauf hinweisen, dass die Entwicklung dahin gehe, die Belastungen der unteren Einkommensschichten zu erhöhen. Dies habe auch die Kanzlerrede gezeigt. Konjunkturpolitisch seien die Pläne aber das falsche Signal. Man müsse die Massenkaufrkraft erhöhen. Genau so verhalte es sich auch mit der Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Die zusätzliche Belastung der Massenkaufrkraft sei konjunkturpolitisch falsch, so dass die Fraktion an der Entscheidung des Jugendhilfeaus-

schusses festhalte und den Beschlussvorschlag ablehnen werde.

Ratsherr Reinking weist auf die im Fachausschuss vorgebrachten Sichtweisen der Fraktion zum Thema Anhebung der Beitragssätze hin und erinnert daran, dass die heute vorliegende Fassung nicht dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung entspreche. Man habe seinerzeit eine Erhöhung von über 11 % - in Anlehnung an den Lebenshaltungsindex - vorgeschlagen. Aufgrund der vorgebrachten Argumente im Jugendhilfeausschuss habe man erreicht, dass die nun vorgelegte Erhöhung von nur noch 5 % Grundlage der Entscheidung sein werde. Man habe Vergleichszahlen anderer Städte eingefordert und festgestellt, dass die nun vorgeschlagenen Beträge dem Durchschnitt entsprechen bzw. sogar noch günstiger liegen. Einheitlich in allen Städten würden die Elternbeiträge von Einkommensschwächeren von der Sozialhilfe übernommen. Die Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, da er moderat, verkraftbar und angemessen sei, sowohl für die Eltern als auch für die Stadt. Die Kopplung an den Preisindex für Lebenshaltungskosten sei eine gute Lösung.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei 16 Gegenstimmen -

zu 7.3 Verkehrsausschuss vom 27.02.2003

zu 7.3.1 Benennung von Straßen im B-Plan N-711
Vorlage: 02/0926 (Anlage 6)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache zugestimmt.

- mehrheitlich bei einer Enthaltung -

zu 7.3.2 Berufung von beratenden Ausschussmitgliedern
Vorlage: 03/0111 (Anlage 7)

- einstimmig -

zu 7.4 Schulausschuss vom 04.03.2003

zu 7.4.1 Änderung der Schulbezirke der GS Wechloy und GS Bloherfelde
Vorlage: 03/0108 (Anlage 8)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache zugestimmt.

- mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen -

zu 7.5 Haushalts- und Finanzausschuss vom 05.03.2003 und 17.03.2003

zu 7.5.1 Kostenspaltung für die Straße Am Heidbrook
Vorlage: 03/0040 (Anlage 9)

- einstimmig -

zu 7.5.2 Jahresrechnung der Stadt Oldenburg und der selbständigen Stiftungen für das Haushaltsjahr 2001

a) Beschluss über die Jahresrechnung

b) Entlastung des Oberbürgermeisters

Vorlage: 03/0115 (Anlage 10)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf das Mitwirkungsverbot des Oberbürgermeisters hin.

Oberbürgermeister Schütz verläßt den Sitzungssaal.

Der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz kehrt in den Sitzungssaal zurück.

zu 7.5.3 Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2003

Vorlage: 03/0165 (Anlage 11)

Ratsherr Adler kündigt an, man habe dem Haushalt zwar nicht zugestimmt, werde ihn jetzt aber der Bezirksregierung gegenüber verteidigen. Er halte es für rechtswidrig, dass die Bezirksregierung in der Haushaltsverfügung festlege, dass 3,57 Mio. € auf der Ausgabenseite einzusparen seien. Die Bezirksregierung könne lediglich das Defizit beklagen, nicht aber so weit in das Selbstverwaltungsrecht eingreifen, um vorzuschreiben, wo es eingespart werden soll, denn es könne ja auch die Einnahmeseite betrachtet werden. Nachvollziehbar seien für ihn die Motive, die die Verwaltung veranlassen, jetzt einen Beitrittsbeschluss fassen lassen zu wollen, denn mit einem genehmigten Haushalt können die im Haushalt veranschlagten Investitionen getätigt werden, die konjunkturpolitisch wichtig seien und Arbeitsplätze schaffen. Dennoch werde man dem Beitrittsbeschluss nicht zustimmen, um sich gegen die Vorgaben der Bezirksregierung zu wehren. Unabhängig davon sei er gespannt, was die neue Landesregierung umsetze und ob die künftige Kommunalaufsicht das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ernst nehme. Kritisch sehe er auch, dass die Ausgabenkürzung nach dem Vorschlag der Verwaltung durch die Veranschlagung einer pauschalen Minderausgabe erfolgen solle. Anders als im letzten Jahr habe die Verwaltung keinerlei konkrete Vorschläge unterbreitet. Damit überlasse man der Verwaltung die Entscheidung in welchen Bereichen gespart werden solle. Dies halte er für problematisch. Entscheidender Grund für die Ablehnung des Beitrittsbeschlusses sei aber, dass endlich ein Weg aufgemacht werden müsse, sich gegen die erdrückenden Auflagen der Bezirksregierung zu wehren.

Ratsherr Klarman wendet sich ebenfalls gegen das Haushaltsgenehmigungsverfahren der Bezirksregierung und kritisiert das nun seit zwei Jahren praktizierte Verfahren. Bereits im letzten Jahr habe man einen Beitrittsbeschluss gefordert, wobei die Verwaltung vier Wochen nach Eingang der Haushaltsverfügung eine ausgearbeitete Beschlussvorlage in die Politik eingebracht habe, und das, obwohl die Verfügung erst sehr spät kam. Es wurde der Finanzausschuss beteiligt und vor allem wurden Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, über die der Rat entscheiden konnte. In diesem

Jahr solle alles übers Knie gebrochen werden und ohne konkrete Kürzungsvorschläge solle pauschal eine Minderausgabe im Haushalt 2003 veranschlagt werden. Ohne konkrete Vorschläge und Zahlen werde die Fraktion dem Beschluss in diesem Jahr nicht zustimmen, zumal es der Verwaltung möglich gewesen wäre, bereits zum jetzigen Zeitpunkt konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Andernfalls wäre auch eine spätere Sondersitzung möglich gewesen. Im Übrigen könne er nicht nachvollziehen, dass sich der Oberbürgermeister jetzt von der geforderten Ausgabeverringerung in Höhe von 3,57 Mio. € und den Anmerkungen der Bezirksregierung überrascht zeige, da ja in der Verfügung ein persönliches Gespräch mit dem Oberbürgermeister am 23.01.2003 erwähnt sei. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung seit diesem Zeitpunkt über die wesentlichen Forderungen der Bezirksregierung informiert gewesen sei. Bereits 2002 habe man den Beitrittsbeschluss seiner Auffassung nach nicht geschafft. Die Einnahmeverbesserungen seien fremdbestimmt und nicht im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eingetreten. Zum Thema Huntebad gehe die Bezirksregierung in ihrer Verfügung von einer Eigenbetriebsgesellschaft aus. Dies habe Frau Meyn bereits im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt. Hier müsse dringend etwas getan werden. Was die Vorgaben zur Zustimmung der Bezirksregierung zur Errichtung des Huntebades angehe, äußere sie selbst, dass die Kostenschätzungen des Wenzelgutachtens Risiken birge. Auch mit der geforderten Schließung des Hallenbades Eversten bei Fertigstellung des Huntebades, müsse man umgehen und könne dies nicht mit einer so pauschalen Ad hoc-Zustimmung abtun. Den Fachausschüssen werde die Möglichkeit genommen, sich mit den Konsequenzen intensiv zu befassen. Die Informationspolitik lasse zu wünschen übrig. Auf Nachfrage habe die Verwaltung im Fachausschuss am 05.03.2003 erklärt, es lägen keine Erkenntnisse vor und einen Tag später sei die Haushaltsverfügung eingegangen. Insgesamt erfordere diese wichtige Situation eine ausreichende Vorbereitungszeit unter Berücksichtigung konkreter Zahlen. Wenn jetzt mit der bevorstehenden Ferienzeit argumentiert werde, könne er dies nicht nachvollziehen, denn man könne auch eine Sondersitzung des Rates einberufen. Das Verfahren im letzten Jahr habe gezeigt, dass es der Verwaltung möglich sei, innerhalb von vier Wochen konkrete Zahlen vorzulegen. Ohne Zahlen sei eine Vorbereitung nicht möglich. Eine pauschale Zustimmung lehne die Fraktion ab.

Ratsherr Thole stellt fest, geforderte Kürzungen seien im Haushaltsgenehmigungsverfahren seitens der Bezirksregierung nichts Neues. Vielleicht werde sich die Situation mit der neuen Landesregierung verbessern. Die SPD-Fraktion werde dem Beitrittsbeschluss zustimmen, damit endlich die Maßnahmen auf dem Wege gebracht und umgesetzt werden können, die veranschlagt wurden und am Ende des Jahres nicht wieder Haushaltsreste und Stillstand beklagt werden müsse. Die Leistungsempfänger müssten endlich ihre Gelder bekommen. Im Übrigen könne er die Auffassung nicht nachvollziehen, dass durch den Beschlussvorschlag suggeriert werde, die Verwaltung entscheide letztendlich über Kürzungen und Einsparungen. Die Verwaltung werde einzelne Vorschläge unterbreiten und die Politik werde dann entscheiden.

Ratsfrau Diederich äußert mit Hinweis auf die Haushaltsverfügung der Bezirksregierung, die die dramatische Haushaltslage darstelle, dass man zwar spare, aber offenbar am falschen Ende. 3,57 Mio. € sollen nun global

durch restriktive Mittelbegrenzung eingespart werden. Sie frage sich, ob man denn bisher das Geld zum Fenster geworfen habe. Sie sehe keine Spielräume mehr. Sie fürchte, dass weiter am falschen Ende gespart werde und nicht so, wie die Fraktion und offenbar auch die Bezirksregierung es sich vorstelle, nämlich „klotzen und nicht kleckern“. Man müsse z. B. Einrichtungen schließen, wie ja offensichtlich auch der Oberbürgermeister in dem Gespräch bei der Bezirksregierung im Zusammenhang mit dem Huntebad thematisiert habe. Wenn jetzt die SPD-Fraktion die Schließung des Hallenbades Eversten ablehne, halte sie es für Augenschwermerei. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Recht auf realistische Aussagen. Hier müsse auch die FDP-Fraktion mit der Verantwortung übernehmen. Die Sprache die die Bezirksregierung spreche, sei äußerst deutlich und sei bereits ein Vorgeschmack auf den Sparkommissar. Wichtig sei auch der Hinweis der Bezirksregierung zur Finanzplanung bis 2006 vor dem Hintergrund der Festschreibung der Ansätze auf den Stand von 2003. Die Erfüllung der Pflichtausgaben und damit verbundene werterhaltende Maßnahmen, z. B. an Schulen und Straßen, seien unumgänglich. Daher plädiere auch sie dafür, nicht Prestigeobjekte, wie z. B. Sportarena, zu finanzieren, sondern sich auf Investitionen zu konzentrieren, die sinnvoll und notwendig sind und der Werterhaltung dienen. Beispielsweise hätte man bei der Zahlung der Entschädigung an 16 Ingenieurbüros im Zusammenhang mit der Ausschreibung zum Huntebad 60.000 bis 80.000 € einsparen können, auch wenn dieser Betrag im Zusammenhang mit den Gesamtkosten der Maßnahme als relativ gering betrachtet werden könnte. Wenn man aber die Versagung von relativ geringen Zuschüssen an verschiedene Einrichtungen, wie z. B. die 3.500 € für den Kinderschutzbund und 2.700 € für das Mütterzentrum betrachte, sei dies für die Vereine und Verbände nicht mehr nachvollziehbar. Für das Schwimmbad sei offenbar nichts zu teuer. Es sei ein Armutszeugnis für die Stadt, sich von der Bezirksregierung warnen lassen zu müssen, vermutlich nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben finanzieren zu können und auf der anderen Seite Prestigeobjekte zu finanzieren.

Ratsherr Reinking weist auf einen in der Lokalpresse erschienen Artikel hin, in dem zu lesen gewesen sei, dass der Rat heute per Beitrittsbeschluss Kürzungsvorgaben akzeptieren solle. Dies treffe zu, bedeute aber nicht automatisch, dass das Stadtteilhallenbad Eversten geschlossen werden müsse. Im Übrigen sei die von der Bezirksregierung geforderte Kürzung von 3,57 Mio. € realisierbar, wenn man bedenke, dass dies lediglich 1,06 % im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes ausmache. Der Beitrittsbeschluss sei heute zu fassen, damit die finanzielle Handlungsfähigkeit hergestellt werde und Investitionen möglich seien. Es sei der jetzigen Ratsmehrheit zu verdanken, dass der Haushalt so früh im Jahr rechtskräftig werde. Die globale Minderung der Ausgabe sei eine Aufgabenstellung an Politik und Verwaltung. Alle Positionen des Verwaltungshaushaltes müssen sorgfältig nach Ausgabenreduzierungen überprüft werden. Die Fraktion fordere bereits heute, dass künftig zu jeder Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses fortlaufend ein Bericht über den Stand der Entwicklungen der Kürzungen gegeben werde. Man wolle den Haushalt wieder in den Griff bekommen, dazu gehöre auch, dass die Wirtschaft wieder belebt werde. In diesem Zusammenhang appelliere er an die Bundesregierung, Regelungen für eine vernünftige Gemeindefinanzreform zu schaffen. Die Bezirksregierung habe in der Verfügung

mehrfach auf § 127 Absatz 1 NGO hingewiesen, der u. a. besagt, dass die Entschlusskraft und Verantwortungsfreude einer Kommune nicht beeinträchtigt werden solle. In der Bewertung heiße es auch, dass er der Stadt obliege, welche Aufgaben auf Dauer finanziert würden. Diese Hinweise registriere man und werde versuchen, sie in Einklang mit den Konsolidierungszielen zu bringen.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei 23 Gegenstimmen -

zu 7.6 **Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 06.03.2003**

zu 7.6.1 **Bebauungsplan S-688 A (Bahnhofsallee/Bremer Heerstraße)**

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0087 (Anlage 12)

- einstimmig -

zu 7.6.2 **Bebauungsplan S-688 B (Bahnhofsallee/BAB A 28)**

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0088 (Anlage 13)

- einstimmig -

zu 7.6.3 **Bebauungsplan S-688 C (Bahnhofsallee/Klingenbergstraße)**

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0089 (Anlage 14)

- einstimmig -

zu 7.6.4 **Bebauungsplan S-688 D (Bahnhofsallee/Carl-Friedrich-Gauß-Straße)**

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0090 (Anlage 15)

- einstimmig -

zu 7.6.5 **Bebauungsplan S-688 E (Bahnhofsallee/Carl-Friedrich-Gauß-**

Straße/Bümmersteder Treppe

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 03/0091 (Anlage 16)

-einstimmig -

zu 7.6.6 **Planabweichende Herstellung der Erschließungsanlage Rotschenkelweg; Beschluss gemäß § 125 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)**

Vorlage: 03/0098 (Anlage 17)

- einstimmig -

zu 7.6.7 **Änderung Nr. 20 des Flächennutzungsplanes (ehemalige Gleistrasse Tweelbäke)**
– Prüfung der Anregungen
– Feststellungsbeschluss
Vorlage: 03/0119 (Anlage 18)

Ratsherr Siek führt aus, dass die Fraktion gegen die Beschlussvorlage stimmen werde, ebenso wie gegen die Vorlage zu TOP 7.6.8, da mit dieser Flächennutzungsänderung und dem Bebauungsplan die Möglichkeit genommen werde, das größte zusammenhängende Gewerbegebiet an eine Eisenbahnlinie anzubinden. Für Güter sei die Bahn die weitaus ökologischere Lösung als der LKW-Güterverkehr.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

zu 7.6.8 **Bebauungsplan S-719 (Gerhard-Stalling-Straße/Am Schmeel)**
– Prüfung der Anregungen
– Satzungsbeschluss
Vorlage: 03/0120 (Anlage 19)

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

- mehrheitlich bei neun Gegenstimmen -

zu 7.7 **Sportausschuss vom 12.03.2003**

zu 7.7.1 **Erhebung von Entgelten für die Abnahme von Schwimmbadzeichen**
Vorlage: 03/0063 (Anlage 20)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache zugestimmt.

- mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen -

zu 7.7.2 **Erhöhung der Nutzungsentgelte für den städtischen Campingplatz**
Vorlage: 03/0064 (Anlage 21)

- einstimmig -

zu 7.7.3 **Änderung des Benutzungsentgeltes für die städtischen Bäder**
Vorlage: 03/0068 (Anlage 22)

Dem Beschlussvorschlag wird ohne Aussprache zugestimmt.

- mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen -

N e h r i n g
Ratsvorsitzender

S c h ü t z
Oberbürgermeister

J e r k e
Protokollführerin